

Teil D: Angebotsschreiben

Name des Bieters bzw. der Bietergemeinschaft

--

Bei Bietergemeinschaft: Name des bevollmächtigten Vertreters der Bietergemeinschaft

--

Anschrift, Ansprechpartner, Telefon/Fax/E-Mail des Bieters bzw. des bevollmächtigten Vertreters der Bietergemeinschaft

--

**Nationale Identifikationsnummer des Bieters bzw. des bevollmächtigten Vertreters der Bietergemeinschaft
(bitte ankreuzen und ergänzen)**

☐ USt.-Identifikationsnummer: _____

☐ Handelsregister-Nr. HR _____ Amtsgericht: _____

☐ Partnerschaftsregister _____ Amtsgericht: _____

**Angaben zur Größe des Bieterunternehmens
(bitte ankreuzen)**

☐ Kleinunternehmen (bis 9 Beschäftigte und bis 2 Mio. EUR Umsatz)

☐ Kleines Unternehmen (bis 49 Beschäftigte und bis 10 Mio. EUR Umsatz und kein Kleinunternehmen)

☐ Mittleres Unternehmen (bis 249 Beschäftigte und bis 50 Mio. EUR Umsatz und kein kleines Unternehmen)

☐ Großunternehmen (über 249 Beschäftigte oder über 50 Mio. EUR Umsatz)

**Angabe der Nationalität des Eigentümers des Bieterunternehmens (sofern keine Börsennotierung vorliegt)
(bitte ankreuzen und ggf. ausfüllen)**

- ☐ Das Unternehmen ist börsennotiert.
- ☐ Das Unternehmen ist **nicht** börsennotiert. Der wirtschaftliche Eigentümer (d. h. der wirtschaftlich Berechtigte im Sinne des § 3 Geldwäschegesetz) des Unternehmens besitzt folgende Staatsangehörigkeit:

Ich/wir biete/n die Leistungen gemäß Leistungsbeschreibung auf Basis der vertraglichen Bedingungen (Teil C der Vergabeunterlagen) und zu den im Angebot genannten Konditionen an. Ich/Wir halte/n uns an mein/unser Angebot bis zum Ablauf der in den Vergabeunterlagen genannten Bindefrist gebunden. Ich/wir erkläre/n, dass meine/unsere Erklärungen und Angaben zutreffend sind. Mir/uns ist bewusst, dass ich/wir bei fehlenden oder unzutreffenden Angaben von dem Verfahren ausgeschlossen werden kann/können.

Mein/unser Angebot enthält neben diesem Formblatt folgende Bestandteile:

1. Referenzblatt (Anlage D01) in erforderlicher Anzahl.

Bitte verwenden Sie das Referenzblatt in entsprechender Anzahl und nummerieren Sie die Referenzleistungen fortlaufend. Bitte beachten Sie die Mindestanforderungen der Auftraggeberin (**Anlage A01 zu Teil A**).

2. Nachunternehmerverzeichnis (Anlage D02).

Bitte beachten Sie die diesbezüglichen Vorgaben der Auftraggeberin in Abschnitt M der Verfahrensbedingungen (**Teil A**). **Bitte geben Sie die Anlage auch dann ausgefüllt ab, wenn kein Nachunternehmereinsatz vorgesehen ist.**

3. Im Falle der Eignungsleihe: Rechtsverbindlich unterzeichnete Verpflichtungserklärung (Anlage D03) in erforderlicher Anzahl, soweit erforderlich.

Bitte beachten Sie die diesbezüglichen Vorgaben der Auftraggeberin in Abschnitt N der Verfahrensbedingungen (**Teil A**).

4. Im Falle einer Bietergemeinschaft: Rechtsverbindlich unterzeichnete Bietergemeinschaftserklärung (Anlage D04), soweit erforderlich.

Bitte beachten Sie die diesbezüglichen Vorgaben der Auftraggeberin in Abschnitt O der Verfahrensbedingungen (**Teil A**).

5. Preisblatt (Anlage D05).

Bitte füllen Sie das Preisblatt vollständig aus.

6. Umsetzungskonzept

Bitte beachten Sie die Vorgaben in Anlage A02 der Verfahrensbedingungen (**Teil A**) unter Ziffer 3. Bitte reichen Sie das Konzept in Form einer Präsentation ein (Format: .pptx- und/oder .pdf-Dokument).

A. Jahresumsatz des Bieters

Angabe des Jahresumsatzes (EUR, netto):

	Jahresumsatz insgesamt	Jahresumsatz aus Beratungsleistungen
2023		
2024		
2025		

B. Personalstand

Angabe des Personalstands im Jahresdurchschnitt:

	Büroinhaber/Geschäftsführer	Mitarbeiter Stadtentwicklung/Stadtmarketing/Citymarketing	Kaufmännische/administrative Mitarbeiter
2023			
2024			
2025			

C. Vorgesehene Projektleitung

Angabe der für die Projektleitung vorgesehenen Personen:

	Name	Berufliche Qualifikation	Berufserfahrung in Jahren
Projektleiter/in			
stellv. Projektleiter/n			

D. Haftpflichtversicherung

- ☐ Wir erklären, dass wir eine den Vorgaben der des Vergabeverfahrens (**Anlage A01 Krit. 2**) entsprechende Haftpflichtversicherung abgeschlossen haben bzw. im Auftragsfall eine solche abschließen werden.

Die folgende Tabelle ist nur auszufüllen, wenn bereits ein den Anforderungen entsprechender Versicherungsschutz vorhanden ist.

Name der Versicherung; Vers.-Nr. (sofern bereits bestehend):	Versicherungssummen in Mio. EUR
	(mind. 2 Mio. EUR für Personen- und Sachschäden; mind. 1 Mio. EUR für Vermögens- schäden)
Personenschäden:	
Sachschäden:	
Vermögensschäden:	

Die genannten Deckungssummen stehen je Versicherungsjahr **mindestens 2-fach** zur Verfügung.

Wir werden das Bestehen der Versicherung auf Verlangen vor einem möglichen Zuschlag und auch später jederzeit gegenüber der Auftraggeberin nachweisen.

E. Gesetzliche Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB

I. Verurteilungen/Geldbußen

Bitte eine der Möglichkeiten ankreuzen:

- ☐ Ich/wir erkläre/n, dass **keine** Person, deren Verhalten im Sinne von § 123 Abs. 3 GWB meinem/unserem Unternehmen zuzurechnen ist, wegen eines der folgenden Straftatbestände rechtskräftig verurteilt worden ist **und** gegen mein/unser Unternehmen **keine** Geldbuße gemäß § 30 OWiG wegen eines dieser Straftatbestände rechtskräftig festgesetzt wurde:
- § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),

- § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
 - § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
 - § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
 - § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
 - § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
 - § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
 - den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
 - Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
 - den §§ 232, 223a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung).
- ☐ Ich/wir erkläre/n, dass zwar wegen eines der vorgenannten Straftatbestände eine Verurteilung rechtskräftig **erfolgt ist** bzw. eine Geldbuße rechtskräftig **festgesetzt** wurde, aber ich/wir Maßnahmen der Selbstreinigung im Sinne von § 125 Abs. 1 GWB ergriffen habe/n (Nachweise sind beizufügen).

F. Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung

Bitte eine der Möglichkeiten ankreuzen:

- ☐ Ich/wir erkläre/n, dass ich/wir meinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung **stets** nachgekommen bin/sind.
- ☐ Ich/wir erkläre/n, dass zwar durch rechtskräftige Gerichtsentscheidung oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde, dass ich/wir meinen/unseren Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung **nicht** nachgekommen bin/sind, ich/wir aber die Zahlungen zwischenzeitlich vorgenommen bzw.

mich/uns zur Zahlung (inkl. Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen) verpflichtet habe/n
(Nachweise sind beizufügen).

G. Sonstiges Fehlverhalten

Bitte eine der Möglichkeiten ankreuzen:

- ☐ Ich/wir erkläre/n, dass mein/unser Unternehmen
- bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
 - nicht zahlungsunfähig ist, kein Insolvenzverfahren oder vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens nicht mangels Masse abgelehnt worden ist, sich nicht in Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
 - im Rahmen der beruflichen Tätigkeit keine schwere Verfehlung begangen hat, durch welche die Integrität des Unternehmens in Frage gestellt wird,
 - keine Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
 - bei der Ausführung früherer öffentlicher Aufträge keine wesentlichen Anforderungen erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat bzw. dies nicht zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,
 - keine schwerwiegende Täuschung in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien begangen oder diesbezügliche Auskünfte zurückgehalten hat,
 - keine gemäß § 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, § 98c des Aufenthaltsgesetzes, § 19 des Mindestlohngesetzes, § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes oder § 22 Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes zum Ausschluss von dem Vergabeverfahren berechtigte Verfehlung begangen hat.
- ☐ Ich/wir erkläre/n, dass zwar ein Fehlverhalten im Sinne der vorstehenden Aufzählung begangen wurde, aber ich/wir Maßnahmen der Selbstreinigung im Sinne von § 125 Abs. 1 GWB ergriffen habe/n (Nachweise sind beizufügen).

H. Ausschlussgründe gemäß Verordnung (EU) 2022/576

Entsprechend der Verordnung (EU) 2022/576 dürfen öffentlichen Aufträge und Konzessionen nach dem 09.04.2022 nicht an Personen oder Unternehmen vergeben werden, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen. Dies umfasst sowohl unmittelbar als Bietergemeinschaft, Bieter oder Auftragnehmer auftretende Personen oder Unternehmen als

auch mittelbar, mit mehr als zehn Prozent, gemessen am Auftragswert, beteiligte Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleiher.

Bitte ankreuzen:

☐ Der Bieter/die Mitglieder der Bietergemeinschaft gehören nicht zu den in Artikel 5 k) Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, genannten Personen oder Unternehmen, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen,

- a) durch die russische Staatsangehörigkeit oder die Niederlassung in Russland,
- b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bieter/an einem Mitglied der Bietergemeinschaft über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50 %,
- c) durch das Handeln des Bieters/eines Mitglieds der Bietergemeinschaft im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf welche die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutreffen.

☐ Die am Auftrag als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden, beteiligten Unternehmen, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, gehören ebenfalls nicht zu dem in der Vorschrift genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift.

☐ Es wird bestätigt und sichergestellt, dass auch während der Vertragslaufzeit keine als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden, beteiligten Unternehmen eingesetzt werden, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt.

Anlage D01: Referenzblatt

(Bitte in der erforderlichen Anzahl vervielfältigen)

Referenzleistung Nr.	
Bezeichnung des Projektes	
Auftraggeber	
Anschrift	
Ansprechpartner	
Telefonnummer	
E-Mail	
Inhalt und Umfang der Beratungsleistungen	
Beratungs- und/oder Managementleistungen im Bereich der Stadtentwicklung, des Stadtmarketings oder des Citymanagements?	
Leistungszeitraum (Andauernd oder frühestens am 1. Januar 2021 abgeschlossen.)	

Anlage D02: Nachunternehmerverzeichnis

Bitte ankreuzen:

- ☐ Der Einsatz von Nachunternehmern ist **nicht** vorgesehen
- ☐ Die nachfolgend genannten Leistungen sollen durch Nachunternehmer ausgeführt werden:

Name und Anschrift des Nachunternehmers	Art und Umfang der Leistung

Anlage D03: Verpflichtungserklärung

Name und Anschrift des Nachunternehmers/verpflichteten Unternehmens

Wir bestätigen hiermit dem Bieter/der Bietergemeinschaft zur Vorlage und Bestätigung gegenüber der Auftraggeberin, dass wir uns verbindlich gegenüber dem Bieter/der Bietergemeinschaft verpflichten, im Fall der Zuschlagserteilung an den Bieter/die Bietergemeinschaft, diesem/dieser die im Teilnahmeantrag angegebenen Leistungen zu erbringen und Mittel zur Verfügung zu stellen. Wir bestätigen, dass wir über die erforderlichen Mittel verfügen und diese dem Bieter/der Bietergemeinschaft im Falle der Zuschlagserteilung in dem zur Leistungserbringung erforderlichen Maß zur Verfügung stellen.

Im Übrigen erklären wir wie folgt:

Verurteilungen/Geldbußen

Bitte eine der Möglichkeiten ankreuzen:

☐ Ich/wir erkläre/n, dass **keine** Person, deren Verhalten im Sinne von § 123 Abs. 3 GWB meinem/unserem Unternehmen zuzurechnen ist, wegen eines der folgenden Straftatbestände rechtskräftig verurteilt worden ist **und** gegen mein/unser Unternehmen **keine** Geldbuße gemäß § 30 OWiG wegen eines dieser Straftatbestände rechtskräftig festgesetzt wurde:

- § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
- § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
- § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),

- § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
- § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
- § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
- § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
- den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
- Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
- den §§ 232, 223a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung).

☐ Ich/wir erkläre/n, dass zwar wegen eines der vorgenannten Straftatbestände eine Verurteilung rechtskräftig **erfolgt ist** bzw. eine Geldbuße rechtskräftig **festgesetzt** wurde, aber ich/wir Maßnahmen der Selbstreinigung im Sinne von § 125 Abs. 1 GWB ergriffen habe/n (Nachweise sind beizufügen).

Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung

Bitte eine der Möglichkeiten ankreuzen:

☐ Ich/wir erkläre/n, dass ich/wir meinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung **stets** nachgekommen bin/sind.

☐ Ich/wir erkläre/n, dass zwar durch rechtskräftige Gerichtsentscheidung oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde, dass ich/wir meinen/unseren Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung **nicht** nachgekommen bin/sind, ich/wir aber die Zahlungen zwischenzeitlich vorgenommen bzw. mich/uns zur Zahlung (inkl. Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen) verpflichtet habe/n (Nachweise sind beizufügen).

Sonstiges Fehlverhalten

Bitte eine der Möglichkeiten ankreuzen:

☐ Ich/wir erkläre/n, dass mein/unser Unternehmen

- bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
- nicht zahlungsunfähig ist, kein Insolvenzverfahren oder vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens nicht mangels Masse abgelehnt worden ist, sich nicht in Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
- im Rahmen der beruflichen Tätigkeit keine schwere Verfehlung begangen hat, durch welche die Integrität des Unternehmens in Frage gestellt wird,
- keine Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
- bei der Ausführung früherer öffentlicher Aufträge keine wesentlichen Anforderungen erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat bzw. dies nicht zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,
- keine schwerwiegende Täuschung in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien begangen oder diesbezügliche Auskünfte zurückgehalten hat,
- keine gemäß § 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, § 98c des Aufenthaltsgesetzes, § 19 des Mindestlohngesetzes, § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes oder § 22 Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes zum Ausschluss von dem Vergabeverfahren berechtigte Verfehlung begangen hat.

☐ Ich/wir erkläre/n, dass zwar ein Fehlverhalten im Sinne der vorstehenden Aufzählung begangen wurde, aber ich/wir Maßnahmen der Selbstreinigung im Sinne von § 125 Abs. 1 GWB ergriffen habe/n (Nachweise sind beizufügen).

.....
Name und Position des/der Unterzeichnenden

.....
Ort, Datum

.....
Unterschrift

Anlage D04: Bietergemeinschaftserklärung

Name des bevollmächtigten Vertreters der Bietergemeinschaft

Name und Anschrift des weiteren Mitglieds #1 der Bietergemeinschaft

Name und Anschrift des weiteren Mitglieds #2 der Bietergemeinschaft

Name und Anschrift des weiteren Mitglieds #3 der Bietergemeinschaft

Wir bilden eine Bietergemeinschaft und erklären,

- dass der o. g. Vertreter bevollmächtigt wird, die Bietergemeinschaft gegenüber der Auftraggeberin im Vergabeverfahren rechtsverbindlich zu vertreten.
- dass die Mitglieder der Bietergemeinschaft im Falle einer Auftragserteilung als Gesamtschuldner haften,
- dass die im Angebotsschreiben (Teil D der Vergabeunterlagen) abgegebenen Erklärungen zum Nichtvorliegen gesetzlicher Ausschlussgründe für alle Mitglieder der Bietergemeinschaft gleichermaßen gelten.

.....
Name und Position des/der Unterzeichnenden

.....
Ort, Datum

.....
Unterschrift

Name und Position des/der Unterzeichnenden

.....

Ort, Datum

.....

Unterschrift

.....
Name und Position des/der Unterzeichnenden

.....

Ort, Datum

.....

Unterschrift

Name und Position des/der Unterzeichnenden

.....
Ort, Datum

.....
Unterschrift

Anlage D05: Preisblatt

Kalkulatorische Preisermittlung (vom Bieter auszufüllen)

Kalkulatorische Preisermittlung	Betrag
Stundensatz (netto) der (stellv.) Projektleitung – Gewichtung 20 %	_____ EUR/h
Stundensatz (netto) der Projektbearbeitung – Gewichtung 80 %	_____ EUR/h
Vergleichsstundensatz (netto) = $0,20 \times \text{Satz (stellv.) Projektleitung} + 0,80 \times \text{Satz Projektbearbeitung}$ (Zuschlagskriterium Nr. 1)	_____ EUR/h
× kalkulatorische Jahresstunden (Bieterkalkulation)	_____ h/Jahr
= Kalkulatorischer Jahrespreis (netto)	_____ EUR
× 5 Jahre Vertragslaufzeit	
= Kalkulatorischer Gesamtpreis (netto)	_____ EUR
zzgl. 19 % Umsatzsteuer	_____ %
= Kalkulatorischer Gesamtpreis (brutto)	_____ EUR

Verbindliche Rahmenbedingungen:

Parameter	Wert
Jahreshöchstbetrag (Budgetdeckel)	80.000,00 EUR brutto
Gesamthöchstbetrag (5 Jahre)	400.000,00 EUR brutto
Verbindliche Mindestpräsenz im Sanierungsgebiet	12 Stunden/Woche

Eine Überschreitung des maximal zulässigen Gesamtangebotspreises führt zu einem Ausschluss des Angebots aus dem Vergabeverfahren.

Erläuterungen

- 1. Kalkulatorische Jahresstunden:** Der Bieter schätzt die voraussichtlich erforderlichen Jahresstunden auf Grundlage der Leistungsbeschreibung selbst. Die Angabe dient der Ermittlung des kalkulatorischen Gesamtpreises und der Prüfung gegen die Preisobergrenze. Die tatsächliche Stundenanzahl kann abweichen; abgerechnet wird nach tatsächlich geleisteten Stunden.
- 2. Wertung:** Gewertet wird der Vergleichsstundensatz (netto) aus der Preistabelle. Dieser ergibt sich aus den beiden angebotenen Stundensätzen nach der festen Gewichtung 20 % (stellv.) Projektleitung und 80 % Projektbearbeitung (Zuschlagskriterium 1, max. 300 Punkte). Der niedrigste Stundensatz erhält die maximale Punktzahl. Höhere Stundensätze werden linear interpoliert.

- 3. Abrechnung:** Die Vergütung erfolgt auf Grundlage der angebotenen Stundensätze und der tatsächlich geleisteten und nachgewiesenen Stunden (vgl. § 7 Abs. 2 des Beratervertrages). Die Gewichtung 20/80 dient ausschließlich der Ermittlung des Vergleichsstundensatzes; abgerechnet wird nach den tatsächlich geleisteten Stunden je Kategorie zu dem jeweils angebotenen Stundensatz. Die Stundensätze umfassen sämtliche Aufwendungen einschließlich Reisekosten, Ausstattung, Büromaterial und Kommunikation (§ 7 Abs. 3 des Vertrages).
- 4. Preisobergrenze:** Der kalkulatorische Gesamtpreis (brutto) darf 400.000 EUR über fünf Jahre (80.000 EUR pro Jahr) nicht überschreiten. Eine Überschreitung führt zu einem Ausschluss aus dem Vergabeverfahren.

Rechenbeispiel

Ein Bieter bietet 90,00 €/h (netto) für die (stellv.) Projektleitung und 75,00 €/h (netto) für die Projektbearbeitung an und kalkuliert mit 800 Stunden/Jahr:

$$\text{Vergleichsstundensatz} = 0,20 \times 90,00 + 0,80 \times 75,00 = 78,00 \text{ €/h}$$

$$\text{Kalkulatorischer Jahrespreis (netto)} = 78,00 \times 800 = 62.400 \text{ €}$$

$$\text{Kalkulatorischer Gesamtpreis (brutto)} = 62.400 \times 5 \times 1,19 = 371.280 \text{ €}$$